

Detlev Brunner

Regionale SMA-Forschung

Ein Überblick

1. Forschungsdefizite

Die im Juli 1945 errichteten Sowjetischen Militäradministrationen in den Ländern und Provinzen der SBZ waren die Mittelinstanzen zwischen der zentralen Sowjetischen Militäradministration in Deutschland und den Regierungs- und Verwaltungsorganen der deutschen Länder und Provinzen wie auch den nachgeordneten sowjetischen Besatzungsinstanzen auf regionaler und kommunaler Ebene. Sie hatten dafür zu sorgen, dass die Beschlüsse der Alliierten und die Anweisungen und Befehle der SMAD umgesetzt wurden, und sie hatten die Aufgabe, die Landesverwaltungen und Landesregierungen anzuweisen und zu kontrollieren. Dazu dienten analog zum zentralen Befehlssystem der SMAD Befehlssysteme auf Landesebene. Die SMA-Landesverwaltungen waren mithin für die Verwaltung der Besatzungszone und für die Durchsetzung der Besatzungspolitik von elementarer Bedeutung.

Dieser Bedeutung entspricht der Forschungsstand zu den SMA-Landesverwaltungen nicht. Während mit dem seit 2009 vorliegenden SMAD-Handbuch die früheren Informationslücken über Aufbau, Personal und Strukturveränderungen weitgehend geschlossen sind, zeigen allein die zu den jeweiligen Kapiteln angefügten Literaturangaben, wie wenig die Landesverwaltungen der SMA bislang Gegenstand wissenschaftlicher Bearbeitung gewesen sind¹. Für die nachgeordneten Kommandanturen auf Bezirks-, Kreis- und Ortsebene gilt dies noch mehr². Lediglich bei den Artikeln zu den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sind Titel nachgewiesen, die sich explizit mit den Quellenbeständen der jeweiligen SMA-Landesverwaltung befassen³.

¹ Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan (Hrsg.), SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949. Redaktion: Jan Foitzik, München 2009, zu den SMA-Landesverwaltungen vgl. S. 478–563.

² Vgl. ebenda, S. 564–594, sowie Jan Foitzik (Hrsg.), Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR. Dokumente, Berlin u. a. 2015. Vorliegende kommunalgeschichtliche Arbeiten erfüllen wissenschaftliche Standards nur teilweise; vgl. z.B. Frank-Eberhard Wilde, Die Russen in Rudolstadt. Das erste Jahr der Besetzung (1945–1946), Rudolstadt ²2011.

³ Vgl. die Beiträge von Dina N. Nochtowitsch: Brandenburg und Mecklenburg, in: Möller/Tschubarjan (Hrsg.), SMAD-Handbuch, S. 527–534, hier S. 534, und S. 534–541, hier S. 541.

Zu DDR-Zeiten war regionale SMA-Forschung kaum ein Thema. Die wenigen Aufsätze waren darauf angelegt, die positive Wirkung der SMAD und die Unterstützung der „sowjetischen Freunde“ bei der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ herauszustellen⁴. Jenseits dieser auf Harmonisierung angelegten, „ideologisch korrekten“ Rahmensetzung gab es Ausnahmen. Zu nennen sind die Arbeiten Siegfried Kuntsches, der bereits 1974 am Beispiel der Bodenreform den Einfluss der SMA auf die deutsche Landesverwaltung quellengestützt konstatiert und damit wichtige Vorarbeiten zum Verhältnis zwischen SMA und deutscher Verwaltung auf Landesebene geliefert hat⁵. Für die westdeutsche Forschung ergaben sich angesichts des restriktiven Archivzugangs Quellenprobleme. Dennoch bot der Überblick über die SMAD, den Jan Foitzik im 1990 erstmals aufgelegten SBZ-Handbuch lieferte, grundlegende Informationen auch zu den SMA-Landesverwaltungen⁶.

2. Der Forschungsstand seit 1990

Die Einheit der beiden deutschen Staaten und die damit einhergehende Wiedererrichtung der Länder im östlichen Teil Deutschlands 1990 boten den Anlass, sich mit deren Geschichte zu beschäftigen. Mit der Errichtung der „neuen Bundesländer“ trat die Tatsache in das Bewusstsein der Öffentlichkeit wie auch der zeitgeschichtlichen Forschung, dass diese Länder ja schon einmal auf dem Territorium der SBZ/DDR existiert hatten, bis sie 1952 durch die neuen Bezirke ersetzt worden waren. Welche Rolle spielten diese Länder nach 1945? Wie gestaltete und entwickelte sich ihre Verwaltung unter sowjetischer Besatzung, welcher Einfluss ging von den Besatzungsorganen aus? Dies waren Fragen, die sich nun erneut stellten. Von Interesse war zudem, inwieweit deutsche Landesverwaltungen trotz der umfassenden

⁴ Vgl. Karl-Heinz Gräfe/Helfried Wehner, Zur Politik der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen. Die Zusammenarbeit zwischen den sowjetischen Besatzungsorganen und der Landesverwaltung Sachsen 1945 bis 1947, in: ZfG 23 (1975), S. 897–907; Joachim Mai, Die Rolle der Sowjetunion bei der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945–1949, dargestellt am Beispiel Mecklenburgs, in: Jahrbuch für Geschichte 28 (1983), S. 193–234.

⁵ Vgl. z.B. Siegfried Kuntsche, Die Unterstützung der Landesverwaltung bzw. Landesregierung Mecklenburg durch die Sowjetische Militäradministration bei der Leitung der demokratischen Bodenreform, in: Jahrbuch für Geschichte 12 (1974), S. 141–182.

⁶ Jan Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 7–69.

Regulierung der SMAD und ihrer Landesverwaltungen über Handlungsspielräume verfügten. Bedeutsam war diese Frage nicht zuletzt für die Debatte, ob im föderalen Aufbau der SBZ Elemente erkennbar waren, die gegen den Aufbau einer Diktatur standen, ja vielleicht sogar eine „demokratische Vorgeschichte“ der DDR verkörperten.

Der Zugang zu bislang verschlossenen Aktenbeständen ließ auf neue Antworten hoffen. Dies galt insbesondere für die Möglichkeit, in sowjetische Aktenbestände Einsicht zu nehmen. Allerdings wurden alle SMAD-Unterlagen 1992 durch einen unveröffentlichten Erlass des russischen Präsidenten Boris Jelzin bis zum Abzug der russischen Truppen im August 1994 wieder gesperrt und blieben auch danach der Forschung vorerst verschlossen⁷. Erst 2001 wurden die Bestände von SMA-Landesverwaltungen zur Benutzung freigegeben. Aber auch die in den ehemaligen DDR-Archiven überlieferten Bestände boten (und bieten) bislang kaum ausgewertete Quellen. Für Mecklenburg-Vorpommern lässt sich feststellen, dass die im Schweriner Landeshauptarchiv liegende Empfängerüberlieferung der SMA-Befehle und sonstiger Korrespondenzen reichhaltiges Material zum sowjetischen Einfluss auf die Regierungs- und Verwaltungsarbeit bereithält⁸. Interne Vorgänge und Strukturen in der SMA-Verwaltung lassen sich angesichts dieses Schwerpunkts der Quellen allerdings nur ansatzweise erschließen.

Jan Foitzik hat in seiner 1999 veröffentlichten Monografie zur SMAD den deutschen Entscheidungsrahmen auf Landesebene angesichts der umfassenden sowjetischen Regelungstätigkeit als „in der Regel“ gering eingeschätzt⁹. Ähnlich lautete das Ergebnis Stefan Creuzbergers, der in seiner 1996 publizierten Dissertation die Einflussnahme der Besatzungsorgane auf das politische System der SBZ und ihrer Länder untersucht hat, allerdings noch weitgehend ohne Zugang zu den SMAD-Akten. Creuzberger konstatierte ein bewusstes Vorgehen mit dem Ziel, ein kommunistisch dominiertes Nachkriegsdeutschland sowjetischer Prägung zu errichten¹⁰. Es lagen also bis zum

⁷ Vgl. Kai von Jena, Erschließung, Reproduktion und Erforschung der Akten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Vorprojekt und erste Erfahrungen, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv 9 (2001), S. 27–32, hier S. 27; vgl. auch seinen Beitrag in diesem Band.

⁸ Eine erste Übersicht bot Siegfried Schlombs, Quellen im Staatsarchiv Schwerin zum Wirken der Sowjetischen Militäradministration Mecklenburg, in: Archivmitteilungen 35 (1985), S. 45 f.

⁹ Vgl. Jan Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999, S. 352.

¹⁰ Vgl. Stefan Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar u. a. 1996, S. 180.

Ende der 1990er Jahre durchaus Einschätzungen zur Wirkungskraft der SMA-Landesverwaltungen auf der erreichbaren Quellengrundlage vor. Eine systematische Untersuchung der SMA-Landesverwaltungen und insbesondere ihrer Befehlssysteme weist allerdings nach wie vor große Lücken auf.

Das erste Inventar, das die sowjetische Befehlsüberlieferung in einem deutschen Landesarchiv erfasste, war das von Klaus Gefñner erarbeitete und 1997 veröffentlichte Inventar der SMA-Befehle der Provinz/des Landes Brandenburg¹¹. 2002 folgte die Ergänzung, die die SMA-Befehlsüberlieferung im Staatsarchiv der Russischen Föderation inventarisierte. Im folgenden Jahr erschien das Inventar der Befehle der SMA Mecklenburg-Vorpommerns, das sowohl die Überlieferung im Schweriner Landeshauptarchiv wie auch jene im GARF umfasste¹². Die genannten Inventare enthalten statistische Auswertungen der Befehlsgebung nach Themen, Anzahl, Häufung pro Monat, ferner Angaben zum Leitungspersonal und Mitarbeitern in den einzelnen Abteilungen – Angaben, die mit Ausnahme der Zahl und Inhalte der Befehle mit den Informationen des SMAD-Handbuchs abgeglichen und korrigiert werden können. Eine inhaltliche Auswertung erfolgte im brandenburgischen Fall nur rudimentär, wobei der Aspekt der „Befehlsgebung“, also der Hierarchie zwischen Befehlsgeber (SMA) und Befehlsempfänger (deutsche Landesregierung) stark betont wurde. Dies sollte auf geringe Handlungsspielräume der deutschen Seite verweisen¹³.

Nur für Mecklenburg-Vorpommern liegen neben dem erwähnten Inventar eine umfassende Untersuchung und Dokumentation der landespolitischen Akteure – Verwaltung, Partei (KPD/SED), Besatzungsmacht – und des vielschichtigen Komplexes von Kompetenz und Einfluss vor¹⁴. Als zentrales

¹¹ Vgl. Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg 1945–1949, bearb. von Klaus Gefñner, Frankfurt a. M. u. a. 1997; Inventar der Offenen Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg. Nach der Überlieferung im Staatsarchiv der Russischen Föderation, bearb. von Klaus Gefñner und Vladimir Vladimirovič Zacharov, Frankfurt a. M. u. a. 2002.

¹² Vgl. Inventar der Befehle der Sowjetischen Militäradministration Mecklenburg (-Vorpommern) 1945–1949, bearb. von Detlev Brunner, München 2003.

¹³ Vgl. Klaus Gefñner, Zur Überlieferung der Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg, in: Detlev Brunner/Werner Müller/Andreas Röpcke (Hrsg.), Land – Zentrale – Besatzungsmacht: Landesverwaltung und Landesregierung in der Sowjetischen Besatzungszone, Frankfurt a. M. 2003, S. 201–213.

¹⁴ Vgl. Die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern unter sowjetischer Besatzung 1945 bis 1949. Eine Quellenedition, Bd. 1: Die ernannte Landesverwaltung, Mai 1945 bis Dezember 1946, bearb. von Detlev Brunner, Bremen 2003; Detlev Brunner, Der Schein der Souveränität. Landesregierung und Besatzungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern 1945–1949, Köln u. a. 2006.

Ergebnis lässt sich festhalten, dass ein überbordender Regulierungs- und Kontrollanspruch der SMA faktisch zwar nicht generell umzusetzen war, aber die formal bestehenden Kompetenzen der deutschen Verwaltung ad absurdum geführt hatte. Die einzige Monografie, die die Besatzungssituation aller SBZ-Länder beschreibt, stammt aus der Feder des 2005 verstorbenen US-amerikanischen Historikers Edward N. Peterson. Seine Studie aus dem Jahr 1999 weist allerdings deutliche Mängel auf, insbesondere hat Peterson keine Analyse der SMA-Befehlsgebung geliefert¹⁵.

Bei den Forschungen zu den Ländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sind hinsichtlich der SMA-Landesverwaltungen entweder Leerstellen oder eine selektive Perspektive festzustellen. Für die Provinz Sachsen, ab 1947 Land Sachsen-Anhalt, existiert keine Untersuchung zur SMA-Landesverwaltung. Hinweise zum Verhältnis zwischen der Landesregierung und der SMA sind in den biografischen Studien zu Erhard Hübener zu finden, jenem Ministerpräsidenten, der nicht nur als LDP-Mitglied, sondern auch wegen seiner selbstbewussten Haltung gegenüber der SMA aus dem Kreis der Ministerpräsidenten der SBZ-Länder herausragte¹⁶. Manfred Wille hat das „Spannungsfeld“ von sowjetischer Besatzung, SED-Machtstreben und Eigenverantwortung der Landesregierung lediglich skizziert¹⁷. Zur SMA Thüringen liegt nur ein Heft der Landeszentrale für politische Bildung vor, das Stefan Creuzberger verfasst hat¹⁸.

Stärkere Beachtung hat die sowjetische Besatzung auf Landesebene in Sachsen erfahren. Andreas Thüsing hat einleitend zur Edition der Protokolle der sächsischen Landesverwaltung kurz das Verhältnis zur Besatzungsmacht behandelt, das durch „Anleitung und Kontrolle“ gezeichnet gewesen sei. Bei der 1946 gewählten Landesregierung sei dies in dem Maße zurück-

¹⁵ Vgl. Edward N. Peterson, *Russian Commands and German Resistance. The Soviet Occupation 1945–1949*, New York u. a. 1999. Herangezogene Quellen, zum Beispiel Berichte an das SPD-Ostbüro, werden ohne jegliche Quellenkritik in ihren Aussagen übernommen. Zudem sind zahlreiche inhaltliche Fehler (Verwechslung von Personen, falsche Namensschreibungen et cetera) enthalten.

¹⁶ Vgl. z.B. Matthias Tullner/Wilfried Lübeck (Hrsg.), *Erhard Hübener – Mitteldeutschland und Sachsen-Anhalt. Schriften, Reden, Dokumente des Landeshauptmannes und Ministerpräsidenten*, Halle 2001.

¹⁷ Vgl. Manfred Wille, *Die Tätigkeit der Provinzialverwaltung/Landesregierung Sachsen-Anhalt im Spannungsfeld zwischen sowjetischer Besatzungsherrschaft, SED-Machtstreben und Eigenverantwortung (1945–1949)*, in: Brunner/Müller/Röpcke (Hrsg.), *Land – Zentrale – Besatzungsmacht*, S. 107–134.

¹⁸ Stefan Creuzberger, *Die Sowjetische Militäradministration in Thüringen 1945*, Erfurt 1993.

gegangen, in dem sich die SMAD zunehmend der SBZ-Zentralverwaltungen als Weisungsinstanz gegenüber den Ländern habe bedienen können. Außer kurzen Verweisen auf die Befehlsstruktur sind jedoch weitere Erläuterungen zur SMA-Landesverwaltung nicht enthalten; die Edition berücksichtigt nur Protokolle der deutschen Landesverwaltung¹⁹. Bereits 1995 hat Alexander Haritonow seine Dissertation über die Hochschulpolitik in Sachsen veröffentlicht und darin ausführlicher über den Aufbau der sächsischen SMA sowie der Dresdner Stadtkommandantur informiert²⁰. Haritonow zeichnet ein differenziertes Bild: „In der Anfangszeit (bis 1947) bildeten erfahrene Pädagogen die Mehrheit der Mitarbeiter. Sie versuchten die Lösung von Aufgaben weniger von politischen Doktrinen, als vielmehr von den Erfordernissen von Lehre und Forschung abhängig zu machen.“ 1947 jedoch habe im Zuge des Kalten Kriegs einen Wendepunkt gebildet. Die erste Generation (die Frontgeneration) in den SMA-Organen sei weitgehend durch speziell geschulte Kader ersetzt worden, „die eine wesentlich härtere politische Linie vertraten“.

Die Abteilungen für Volksbildung können sicher nicht stellvertretend für die Politik und Praxis der SMA generell gewertet werden. Im Unterschied zu den „weichen“ Bereichen der Volksbildungspolitik waren den für politische und ideologische Fragen zuständigen Abteilungen innerhalb der SMA-Strukturen andere Rollen zugewiesen. Genau diesem Komplex widmete sich Johannes Raschka 2001 in einem Aufsatz zur SMA in Sachsen, mit dem Titel „Sowjetisierung in der Region“. Neben einem kurzen Überblick über den allgemeinen Aufbau ging Raschka auf die Abteilung für innere Angelegenheiten und auf die Propaganda- beziehungsweise Informationsabteilung ein. Raschka kam zu dem Ergebnis, dass der Anspruch von umfassender Steuerung und Kontrolle allein wegen der geringen Personaldecke an Grenzen gestoßen sei – ein Ergebnis, das generalisierbar ist.

Weitere Arbeiten beschäftigten sich mit dem Verhältnis der SMA zur CDU in Sachsen, mit ihrer Rolle bei der Kaderpolitik und generell mit der Frage des „Diktaturaufbaus“²¹. Dabei spielte die Perspektive „Sowjetisierung“

¹⁹ Vgl. Andreas Thüsing (Hrsg.), Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen. Die Protokolle der Sitzungen vom 9. Juli 1945 bis 10. Dezember 1946, Göttingen 2010, S. 63–70; vgl. auch Andreas Thüsing, Landesverwaltung und Landesregierung in Sachsen 1945–52. Dargestellt am Beispiel ausgewählter Ressorts, Frankfurt a. M. u. a. 2000.

²⁰ Vgl. Alexander Haritonow, Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945–1949, Weimar u. a. 1995, insbesondere S. 40–68; die folgenden Zitate finden sich ebenda, S. 254.

²¹ Vgl. Stefan Donth, Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen 1945–1952. Eine bürgerliche Partei aus dem Blickwinkel der Besatzungsmacht, in:

eine zentrale Rolle. Diese Fokussierung erfordert differenzierende Nachfragen. Denn was ist unter „Sowjetisierung“ eigentlich zu verstehen? Sollten die sowjetischen Besatzungsinstanzen Verhältnisse nach sowjetischem Muster errichten? Michael Lemke hat darauf verwiesen, dass sowjetischer Einfluss nicht gleich Sowjetisierung bedeutet²².

Die administrativen Aufgaben der SMA-Landesverwaltungen, ihre Funktionen der Kontrolle, das Administrieren per Befehl – all dies ist bekannt und nicht umstritten. Doch bei der Frage, nach welchen Vorgaben die Besatzungsinstanzen vorgingen, scheiden sich die Geister. Der These, die Sowjetunion und mithin die SMAD habe über kein geschlossenes Konzept für die Besatzung und vor allem keinen Masterplan für eine Sowjetisierung vor Augen gehabt, stehen Thesen gegenüber, die im Grunde das Gegenteil behaupten und wie Mike Schmeitzner von einer gezielten Politik der „Diktaturdurchsetzung“ zum Zweck der Gestaltung Ostdeutschlands nach sowjetischem Modell ausgehen²³.

Lange bekannt und unbestritten ist, dass deutsche Kommunisten, insbesondere die Exilgruppen aus Moskau, das Besatzungsregime gegenüber der deutschen Bevölkerung positiv vertreten und dessen Maßnahmen unterstützen sollten – aber lief das unter dem Motto Sowjetisierung? Wenn man den Blick nicht ausschließlich auf den Komplex von Herrschaft und Repression richtet, dann werden andere Szenarien sichtbar. Im Bereich der Wirtschaft, zweifelsfrei ein Schwerpunkt sowjetischer Besatzungspolitik, ergaben sich chaotische Situationen, in denen verschiedene sowjetische Stellen gegeneinander arbeiteten. Die Chefs der SMA-Landesverwaltungen förderten partikularistische Tendenzen, weil sie ihr Land in möglichst gutem Licht präsentieren wollten. Mit dem Aufbau eines am sowjetischen Modell orientierten zentralistischen Wirtschaftssystems hatte all dies wenig zu tun; dieser erfolgte frühestens ab 1948²⁴, auf diesem Feld konnte von gezielter Sowjeti-

Historisch-politische Mitteilungen 7 (2000), S. 109–133; Johannes Raschka, Kaderlenkung durch die Sowjetische Militäradministration in Sachsen, in: Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Hrsg.), Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952, Köln u. a. 2003, S. 51–78.

²² Vgl. Michael Lemke (Hrsg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln u. a. 1999, S. 12 ff. (Einleitung).

²³ Zu den Positionen vgl. Brunner, Schein, S. 18 ff.

²⁴ Vgl. Winfrid Halder, „Modell für Deutschland“. Wirtschaftspolitik in Sachsen 1945–1948, Paderborn u. a. 2001; Friederike Sattler, Wirtschaftsordnung im Übergang. Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1945–1952, 2 Bde., Münster u. a. 2002, hier Bd. 2, S. 842 f.; Brunner, Schein, S. 325–337.

sierung also keine Rede sein. Wichtig ist es zu differenzieren – hier könnten vergleichende Studien der einzelnen Länder weitere Erkenntnisse liefern.

3. Einige Ergebnisse

Was das Wirken der SMA-Landesverwaltungen betrifft, lassen sich folgende Phasen feststellen: In einer ersten Phase bis zum Herbst 1945 waren die SMA-Landesverwaltungen auf den Aufbau der eigenen Organisation konzentriert. Dies schlug sich in der Befehlsgebung nieder: Ein hoher Anteil betraf interne Angelegenheiten. Der Austausch und die Anweisungen an die deutschen Stellen erfolgten in dieser Anfangsphase vor allem mündlich²⁵. An diese Zeit der Formierung schloss sich eine bis in das Jahr 1947 reichende Phase an. In dieser Zeit stellten die SMA-Landesverwaltungen die wesentlichen Instanzen zur Anweisung und Durchsetzung von Landespolitik dar; noch hatten die zentralen deutschen Verwaltungen wenige oder keine Kompetenzen gegenüber den Ländern. Allerdings wurden auf Landesebene auch Organe der Legislative und der Exekutive gewählt sowie Landesverfassungen verabschiedet. Für die SMA-Landesverwaltungen ergaben sich durch diese formalen demokratischen Strukturen weitere Aufgaben der Einflussnahme und Kontrolle – bei Wahlen und vor allem bei der Vorbereitung und der Kontrolle der Gesetzgebung. Angesichts des Kontrollanspruchs der SMA war es folgerichtig, dass trotz der Existenz der Länderparlamente die Befehlstätigkeit der Landesverwaltungen nur unmerklich abnahm. Mit der Zentralisierung deutscher Verwaltung auf zentraler Ebene ab 1948 reduzierte sich die Regelungsfunktion der Landes-SMA. Der Rückgang der Zahl der Befehle, die sich an die Landesregierung wandten, zeigt dies deutlich – eine Erscheinung, die sich in den Ländern der SBZ allgemein beobachten lässt.

Was die Besatzungspraxis anbelangt, so bestätigen Ergebnisse auf Landesebene die vorliegenden allgemeinen Aussagen zur SMAD²⁶: Die Leiter und Mitarbeiter der SMA-Landesverwaltungen wie der nachgeordneten Verwaltungen handelten aus ihren sowjetisch geprägten Erfahrungen heraus – andere hatten sie nicht. Insofern waren Prinzipien parlamentarischer, pluralistischer Demokratie allenfalls theoretisch, aber nicht aus der Praxis bekannt. Diese Erfahrungshorizonte prägten das Handeln, sie bedeuteten,

²⁵ Vgl. für Mecklenburg-Vorpommern Brunner, Inventar, S. 11; Brunner, Landesregierung, S. 49 f.

²⁶ Vgl. Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Offene Serie, zusammengestellt und bearb. von Jan Foitzik, München 1995, S. 42.

wenn man so will, eine Sowjetisierung in der Praxis, aber sie bedeuteten dies nicht intentional²⁷!

Wie häufig in solch verzweigten Institutionen, wie die SMAD und ihre Landesverwaltungen es waren, folgten auch hier eigenmächtiges Vorgehen und nicht abgestimmtes Verhalten aus unklaren Kompetenzen, institutionellen Konkurrenzen und persönlichen Profilierungsabsichten. Mangelnde Ausstattung, Inkompetenz und Verzögerung von Verwaltungsakten teils um Monate (etwa durch Verschleppung der überlasteten Zensurorgane) leisteten Vorschub für Ineffizienz und schufen notgedrungen Entscheidungsspielräume für die deutsche Verwaltung.

4. Ausblick

Die Geschichte der SBZ und ihrer Länder ist ohne die Einbeziehung der SMA-Landesverwaltungen kaum zu schreiben. Dies gilt unabhängig von den Schwerpunkten, ob sie nun politik-, gesellschafts- oder kulturgeschichtlich gesetzt werden. Dabei spielen die Bereiche unterhalb der Landesebene, insbesondere die lokale Ebene, eine besondere Rolle – hier war die Auswirkung des Besatzungshandelns konkret und der Kontakt zwischen Besatzungsmacht und Besetzten am direktesten. Weitere, auch vergleichende Studien, könnten wichtige Erkenntnisse zu einer politischen Gesellschaftsgeschichte der Nachkriegszeit bieten. Auf der Ebene der SMA-Landesverwaltungen und ihres archivalischen Nachlasses wird sichtbar, wie die Besatzungspolitik in der Realität umgesetzt wurde und welche regionalspezifischen Probleme sich ergaben. Im Verein mit der Überlieferung deutscher (Landes-)Archive lässt sich so ein vielschichtiges Bild zeichnen.

Die in diesem Beitrag reflektierte regionale SMA-Forschung nimmt in erster Linie eine deutsche Perspektive ein und fragt nach der Rolle der Besatzungsbehörden. Von Interesse für die Besatzungspraxis und deren Zielsetzung wäre es jedoch, mehr über die sowjetischen Besatzungsoffiziere zu erfahren. Wie schätzten sie deutsche Politiker und Verwaltungsfachleute ein? Eine systematische Studie hierzu steht noch aus. Es ist bekannt, wie unterschiedlich die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen in den einzelnen SBZ-Ländern waren. Welche Folgen hatte dies für die jeweiligen SMA-Verwaltungen? In welchen Bereichen lässt sich Besatzungshandeln generalisieren, wo gab es Abweichungen und Eigenständigkeiten? Wie gestalteten

²⁷ Diese Schlussfolgerung auch bei Norman M. Naimark, *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin 1997, S. 544.

sich Kommunikation und Austausch zwischen den SMA-Landesverwaltungen? Dies sind einige Fragen, die weiter zu bearbeiten wären.

Zeitgeschichtliche Forschung unterliegt Konjunkturen. Die Erforschung der Besatzungszeit in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg gehört derzeit nicht zu den boomenden Themen. Nach dem Aufschwung der SBZ- und DDR-Forschung in den 1990er Jahren und einigen Debatten über Weiterungen der Perspektive („Verinselung“ der DDR-Forschung) ist es um die regionale SBZ-Forschung ruhig geworden. Sicherlich sind die größeren Linien der Besatzungspolitik erforscht, auch zur Besatzungspolitik und -wirklichkeit in den Ländern liegen Studien vor. Die Lücken sind jedoch deutlich. Regionale SMA-Forschung ist und bleibt jenseits der Konjunkturen unverzichtbar.